

Die Beziehungen zwischen chemischer Industrie und Deutscher Regierung im Urteil der Forschung*

John J. Beer, Department of History, University of Delaware,
Newark, DE 19716, USA

Es geht mir in meinen kurzen Bemerkungen um folgende Frage: Was haben wir über die historische Wechselwirkung zwischen chemischer Industrie und dem deutschen Staat gelernt? Und wenn ich sage "wir", so meine ich in erster Linie den gewöhnlichen Bürger, der ein Mitspracherecht an der Gestaltung der Zukunft beansprucht. Diesem die Erfahrung der Vergangenheit mit ausgezogener Urteil so zu vermitteln, daß er seine Ziele und Mittel mit größerer Umsicht auswählen kann, ist unsere Aufgabe als Historiker.

Die Überzeugung, daß die sich ausweitende Macht naturwissenschaftlicher Kenntnisse zu den wichtigsten öffentlichen Problemen des 20. Jahrhunderts gehören würde, hat mich in den frühen 50er Jahren, noch während meines Promotionsstudiums in Chemie, zur Geschichte der Naturwissenschaften geführt. Und die Schriften von George Sarton und James Conant überzeugten mich, daß aus eben diesem Grunde Einsicht in die Natur der Wissenschaft und ihrer Geschichte für die Öffentlichkeit unverzichtbar wäre.

Die Wahl meines Promotionsthemas "Aufstieg der deutschen Farbenindustrie" erwies sich als glücklich. Es gelang mir, das, was viele gebildete Deutsche mit Kenntnis der chemischen Industrie ihres Landes allein schon dadurch wußten, daß sie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts aufgewachsen waren, der Aufmerksamkeit von Historikern und insbesondere von Historikern in Amerika zu empfehlen. Daß jemand das aufschreiben wollte, was allgemein bekannt war und dies dann auch noch Forschung nennen wollte, mußte ihnen als typisch akademisch erscheinen. Wie dem auch sei, sie waren sich der Errungenschaft der I.G. Farben und ihrer Vorgänger wohl bewußt und stolz darauf, wie rasch die Industrie an wirtschaftlicher Bedeutung gewonnen hatte, wie sie in der Chemie und der industriellen Forschung Pionierleistungen vollbracht hatte, wie ihre Farbstoffe und Medikamente in fernen Kontinenten in aller Munde waren, wie ihre Vorgehensweise in anderen Industrieländern beneidet, nachgeahmt und gefürchtet wurde. In der Tat hat die Industrie innerhalb und außerhalb Deutschlands so hohes öffentliches Ansehen genossen, daß sie niemals für lange Zeit aus dem Blickfeld verschwunden ist. Forscher aus vielen Ländern

und Disziplinen haben ihre Leistungen und ihren Einfluß von den unterschiedlichsten Standpunkten her untersucht.

Ich selbst habe mit dieser umfangreichen Literatur nicht Schritt halten können. Meine Interessen in der Lehre haben sich in jüngerer Zeit mehr einer globalen Historiographie zugewandt. Obwohl die Geschichte der Naturwissenschaft auf jeden Fall einen wichtigen Platz in der allgemeinen Erziehung behalten wird, glaube ich nun, daß die wichtigste historische Aufgabe der kommenden Generation eine globale Wahrnehmungsfähigkeit ist. Individuen im 21. Jahrhundert sollten sich zuerst und vor allem mit der gesamten Menschheit identifizieren und ihre eigene Kultur und ihr eigenes Land bloß als eine Spielart des allgemeinen menschlichen Erbes betrachten. Unter dieser Voraussetzung ist es nun meine Aufgabe darzulegen, was ein durchschnittlicher, global orientierter Weltbürger aus der spezialisierten Forschung der I.G. Farben-Historiker lernen kann.

Ich würde damit beginnen, diesen Weltbürger zu erinnern, was Institutionen sind, wie sie entstanden sind, wie sie das Leben der Einzelnen berühren und wie sie miteinander in Beziehung treten. Die Schaffung von spezialisierten Institutionen vor mehr als 6000 Jahren erlaubte der menschlichen Gesellschaft, über das dörfliche Niveau hinauszukommen. Diese Institutionen waren vornehmlich wirtschaftlicher, administrativer und religiöser Art und verfügten über die oberste Loyalität ihrer jeweiligen Mitglieder. Das Selbstverständnis der Mitglieder, ihre Sicherheit und ihre unmittelbaren Bezugspersonen wurden alle von der Institution bereitgestellt. In den zivilisierten Gesellschaften wurden die Institutionen Brennpunkte der Macht, weil sie die Macht ihrer Mitglieder und insbesondere die ihrer Führer vergrößerten. Die Beziehung zwischen den größeren Institutionen war sowohl von Zusammenarbeit als auch von Spannung geprägt: Es ging um die Vorrangstellung. Es war eine Beziehung von Symbiose und Wettbewerb. Ein Großteil der allgemeinen Geschichte ist die Geschichte des Zusammenwirkens von wirtschaftlichen, administrativen und religiösen Institutionen. Da unser persönliches Geschick als moderne Individuen und Gesellschaften noch immer davon abhängt, wie es unseren Institutionen geht und wie sie geleitet werden, kann eine genauere Untersuchung des Geschicks derjenigen beiden deutschen Institutionen, die wir in diesem Symposium betrachten, die chemische Industrie und den Staat, von allgemeinem Nutzen sein.

In den acht Jahrzehnten von 1871-1951 beobachten wir einen dramatischen Machtzuwachs sowohl auf Seiten des deutschen Staates als auch auf Seiten der chemischen Industrie, in beiden Fällen entscheidend gesteigert durch eine wissenschaftsbezogene Technik und Innovationen im Management. In der Zeit vor 1940 zogen beide Seiten auch Nutzen voneinander. Die Industriepolitik des Reichs beruhte auf dem Grundsatz eines *laissez faire*, doch wenn die chemischen Firmen es nötig hatten, stand auch starke Unterstützung durch die Regierung bereit. Die Unternehmen profitierten von der exportorientierten Politik

der Regierung und von deren diplomatischem Geschick, sich aus multinationalen Kriegen herauszuhalten. Die Interessenvertretung der Chemie beschränkte sich auf das, was für sie von unmittelbarer Relevanz war. In der abenteuerlichen Außen- und Militärpolitik Kaiser Wilhelms II. spielte sie weder in fördernder noch in hindernder Hinsicht eine größere Rolle. Wenn es zu jener Zeit in Deutschland einen militärisch-industriellen Komplex gegeben hat, dann waren die großen Farbenwerke daran nicht beteiligt. Sie schienen wenig daran interessiert, aus Rüstungsverträgen Profit zu schlagen. In der Tat traf der Ausbruch des Ersten Weltkriegs die Industrie unvorbereitet. Diese war in den Jahren davor zu sehr damit beschäftigt, aussichtsreiche neue Produkte zu entwickeln: Farbstoffe, Medikamente, Kunststoffe, Kunstfasern, Düngemittel sowie Substanzen für die elektro- und photochemische Verwendung. Institutionell war sie am Aufbau von Fabriken in Übersee beteiligt und bewegte sich so in Richtung eines multinationalen Engagements. Kartellabsprachen und Firmenfusionen hielten das Management auf Trab.

Der Krieg zwang die Unternehmen, dem Gebot der Regierung zu folgen und alles, was in ihren Kräften stand, für die Kriegsanstrengung zu produzieren. Am aufsehenerregendsten waren die Haber-Bosch-Fabriken zur Amoniak-synthese in Oppau und Leuna. Anders als im Zweiten Weltkrieg arbeitete man ohne Vorbehalte und voll Patriotismus mit den Autoritäten zusammen. Natürlich war dabei auch ein schönes Stück Geld zu verdienen, doch mußte man auch daran denken, daß diese Profite nach dem Krieg benötigt werden könnten, um die verlorenen Märkte in Übersee zurückzugewinnen. In der Zwischenzeit, im Jahre 1916, fusionierten die Farbenfabriken auf Drängen der Regierung zu einem großen, nur locker strukturierten Zusammenschluß, der sich selbst die Interessengemeinschaft der deutschen Teerfarbenfabriken nannte und die man jetzt gelegentlich als die "Kleine I.G." bezeichnet. Ziel war, die Effizienz zu steigern. Der Verdacht, nach dem Krieg werde der alte Wettbewerb wieder anheben, sollte die Zusammenarbeit nicht behindern. Die Zusammenlegung der Ressourcen würde stattdessen die gemeinsame Fähigkeit stärken, nach dem Krieg ausländischen Wettbewerbern standzuhalten; denn es war sicher, daß die Konkurrenz dann härter sein würde als sie vor 1914 gewesen war.

Diese Annahme traf ein. Nachdem Deutschland den Krieg verloren hatte, schützten die Siegermächte ihre eigenen, erst in jüngster Zeit errichteten chemischen Fabriken durch hohe Zölle und andere Maßnahmen vor ausländischer Konkurrenz. Diese Tatsache und die sich rasch ändernden Geschäftsbedingungen infolge der bekannten wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Weimarer Republik während der frühen 1920er Jahre führten dazu, daß die "Kleine I.G." vollständig in einem neuen großen Konzern, der I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft, aufging. Häufig die "Große I.G." genannt, wuchs das neue Unternehmen durch vielfältige Firmenübernahmen rasch zu dem größten europäischen Industrieunternehmen heran. Bis zum Jahre 1929 hatte es mehr als 100 Firmen und Bergwerke in seinen Besitz gebracht und zählte an die 120.000 Angestellte. Bei all diesen Vorhaben unterstützte die Regierung mit

dem, was den Führern der I.G. am meisten am Herzen lag: einer Innenpolitik des *laissez faire* für Unternehmen und des *laissez innover* in der Naturwissenschaft. Ihre Außenpolitik begünstigte die Ausdehnung des internationalen Handels und der Lösung der Probleme, die aus dem Vertrag von Versailles entstanden waren. Wieder einmal herrschte sympathetischer Einklang zwischen Staat und Industrie. Und weil die rasche Entwicklung der chemischen Wissenschaft während eben dieser Dekaden des 20. Jahrhunderts weltweit eine industrielle Blüte verursachte, konnte die neue I.G. in den späten 1920er Jahren gedeihen und mußte bloß geringfügige Einbrüche in ihren Gewinnen während der schlimmsten Zeit der großen Depression hinnehmen.

Auch in anderer Hinsicht machte die angespannte Wirtschaftslage der industrialisierten Staaten drastische Maßnahmen erforderlich. Die Unfähigkeit der Staaten, ihre wechselseitigen Probleme miteinander zu bereinigen, ermöglichte es Hitler, in Deutschland die Macht zu ergreifen. Wie beabsichtigt, verblüfften seine unmittelbaren, drastischen Maßnahmen die chemische Industrie ebenso, wie sie jedermann sonst erstaunten. Von einem Tag auf den anderen sah sich die Führung der I.G. nicht mehr in der Lage, in grundlegenden politischen Fragen Einfluß auf die Regierung zu nehmen, von einem Verständnis für den neuen politischen Kurs ganz zu schweigen. Es dauerte einige Jahre, bis die Hauptverantwortlichen in der Chemie begriffen hatten, daß die Stoßrichtung von Hitlers rachsüchtigem Machtstreben im In- und Ausland nicht mit ihren eigenen Zielen übereinstimmte, die auf Erforschung und Entwicklung, Export, freies Unternehmertum und das Leistungsprinzip gerichtet waren. Für die Nazis stellten diese Ziele bloß Mittel zur Steigerung ihres Einflusses in Deutschland und zur Erlangung der deutschen Hegemonie über die Welt dar. Sie hatten keine Skrupel, jedes beliebige dieser Ziele zu opfern, wenn es ihnen nicht in dem Kram paßte. Als Carl Bosch von der I.G. Farben im Mai 1933 dem "Führer" klar zu machen suchte, wie sehr sein Arisierungsprogramm die deutsche Führungsrolle in der Naturwissenschaft bedrohte, mußte er einen klassischen Hitlerschen Wutausbruch über sich ergehen lassen, in dem Hitler Bosch politisch blauäugig nannte und ihn belehrte, daß Deutschland, wenn es denn sein müßte, für 100 Jahre eben ohne Physik und Chemie auskommen würde. Sofort danach wurde Bosch die Tür gewiesen.

Obleich die leitenden Männer der I.G. nie große Sympathie für die Nazis hegten, sahen sie doch ein, daß ihnen keine andere Wahl blieb, als mit ihnen zusammenzuarbeiten und das Beste aus den Möglichkeiten zu machen, die sich durch Hitlers Programm der Wiederbewaffnung und der nationalen Autarkie in so vitalen Bereichen wie synthetischem Treibstoff und Kautschuk ergaben. Gleichzeitig aber suchte das Management, die ausländischen Geschäftsverbindungen der I.G. weiterzuführen. Doch in den 30er Jahren gingen diese ständig zurück, während die Aufträge für den Staat zunahmen, bis letztere nach Ausbruch der Feindseligkeiten nahezu 100 Prozent erreichten. Die Nazis sahen zu, daß die Gewinne der I.G. Farben gut blieben, doch bezeichnenderweise schränkten sie die Verwendungsmöglichkeit dieser Gewinne durch den Konzern

immer weiter ein. In der Tat sollten die Nazis schließlich die grundlegenden Entscheidungen treffen, während die Leitung der I.G. nur noch die Umsetzung beeinflussen konnte, weil dabei die wissenschaftliche und technische Expertise gefragt war. Der Staat hatte die Geschäftswelt nahezu verklavt. Die unglückseligen Manager der I.G. waren wie Gefangene, die mittun mußten, was immer für barbarische Befehle auch vom Staate kamen: der massenhafte Einsatz von Zwangsarbeit, die Lieferung von Zyklon B nach Auschwitz und die pharmakologischen Experimente an Häftlingen aus den Konzentrationslagern. Mit Ausnahme einiger Versuche zu Beginn der Nazizeit, die jüdischen Führungskräfte und Angestellten der I.G. zu behalten, gibt es keinen Hinweis darauf, daß das Management je auch nur erwogen hat, den nachfolgenden inhumanen Aufträgen, die es ausführte, Widerstand zu leisten. Wie haben es die Historiker der I.G. erklärt, weshalb diese angesehenen, kultivierten und wohlmeinenden Führungskräfte so bereitwillig an diesen fürchterlichen Untaten teilgenommen haben?

Peter Morris hat uns an seinen Erkenntnissen und denen von Peter Hayes über diese außerordentlich wichtige Frage teilhaben lassen. Ich würde die pragmatische, auf die Institution bezogene Einstellung dieser Wirtschaftsführer betonen. Ihre Loyalität als professionelle Manager galt zuerst und vor allem ihrer Firma; es galt, diese am Leben zu erhalten, ihren Gewinn zu maximieren und ihr eine günstige Position für die Rückkehr zum normalen Geschäftsklima, wann immer dies sein mochte, zu sichern. Die Sünden, die sie gegen die Menschheit begangen haben, waren nicht persönlich oder rachsüchtig gemeint, sondern wurden als notwendige Übel zur Rettung der Institution hingenommen, ein Ziel, welches sie irrtümlicherweise mit der langfristigen Wohlfahrt der zivilisierten Welt gleichsetzten. Doch gibt es grundlegendere Qualitäten des zivilisierten Lebens als die Grundwerte des geschäftlichen Erfolgs, des materiellen Wohlergehens und des naturwissenschaftlichen Fortschritts, auf die sie sich verpflichtet hatten. Und es gibt höhere Tugenden als Loyalität einer Institution gegenüber. Als Kinder ihrer Zeit hatte man die führenden Männer der I.G. jedoch in dem Grundsatz erzogen, daß man sein Land patriotisch unterstützen müsse, ohne Rücksicht darauf, was dies einem selbst und anderen koste. Eine gleiche Loyalität war ihnen eingebleut worden zu der Institution, für die man arbeitete. Nationalität und Beruf definierten das Selbstverständnis in erster Linie. Beide aufzugeben, kam für die meisten nicht ernstlich in Frage. Wie in einer unglücklichen viktorianischen Ehe harrete man aus und tat seine Pflicht, um die Institution zu retten.

Für ihr Verbrechen, die Institutionen Staat und Firma der Verpflichtung zu humanem Handeln vorgezogen zu haben, wurden zwölf leitende Männer der I.G. Farben in den Nürnberger Prozessen bestraft. Die I.G. selbst wurde zerschlagen, weil die Amerikaner zu der Überzeugung gelangt waren, daß Monopolbildung ein Verbrechen gegen die wirtschaftliche Freiheit und eine Bedrohung für eine demokratische Regierung sei. Reymond Stokes berichtet in seinem Beitrag von der Rückkehr zu einer Symbiose von Staat und Industrie in

Westdeutschland, wie sie während der Weimarer Republik und vor dem Ersten Weltkrieg existiert hatte, eine pragmatische Beziehung, in der der Staat gelegentlich die aktive Rolle übernahm. Doch wenn er dies tat, blieb es Episode und geschah mit Billigung der Industrie aufgrund bestehender Verträge, in denen weder Regierung noch Industrie nach Vorherrschaft strebten. Die Rhetorik des freien Unternehmertums, derer sich Ludwig Erhard häufig bediente, war offensichtlich darauf zugeschnitten, den Besatzungsmächten wie der Geschäftswelt zu gefallen; doch wurde nie in Abrede gestellt, daß eine begrenzte, selektive Beteiligung der Regierung an der Wirtschaft wünschenswert wäre, wie dies seit Jahrhunderten in der deutschen Geschichte üblich gewesen ist. Freies Unternehmertum war kein Dogma, doch man bevorzugte es eben, wo immer es ging. In Ostdeutschland hingegen wich die Gewohnheit der Nazis, die chemische Industrie zu unterjochen, einer direkten Verstaatlichung. Der Führungsstil entsprach dem der Sowjetunion.

Von besonderem Interesse in der Bundesrepublik ist die Ablösung des Monopols der I.G. Farben durch das Oligopol von Hoechst, BASF und Bayer. Wie der Titel von Raymond Stokes' Buch *Divide and Prosper* impliziert, läßt der Erfolg dieser Nachfolgefirmen daran zweifeln, daß im Jahre 1925 tatsächlich die unabwiesbare Notwendigkeit zur Bildung der "Großen I.G." bestanden habe. Waren es in erster Linie wirtschaftliche und technische Überlegungen, die zu dieser Fusion geführt haben, oder haben persönliche Ambitionen die Bewertung dieser Faktoren signifikant beeinflußt? Bis heute hat die Geschichtsschreibung der I.G. Farben nicht viel Licht in diese Frage gebracht. Im Gegensatz dazu liegt gerade in einer solchen Erklärung die These der Geschichte der ICI von William Reader. Indem er die aufeinanderfolgenden Firmenzusammenschlüsse aufzählt, die 1926 zur Bildung der Imperial Chemical Industries führten, weist Reader wiederholt darauf hin, daß, wenn man die Belege kritisch ansieht und bewertet, die Fusion sich keineswegs als notwendiges oder in hohem Maße wünschenswertes Ziel erweist. Viel offensichtlicher ist, daß Firmenfusionen für ehrgeizige Wirtschaftsführer eine einzigartige Herausforderung darstellen.

Von den unterschiedlichen Lehren, die wir aus den Ergebnissen ziehen können, die Wissenschaftler zum Thema "Die I.G. Farben und der Staat" vorgelegt haben, wollen wir hier den moralischen Grundsatz herausstellen, dem die Nürnberger Prozesse universale Geltung zu verschaffen suchten, nämlich, daß die oberste Loyalität des Individuums der Menschheit als Ganzer gehört, dem Recht auf eine menschliche Existenz für alle Völker. Diese Auffassung betrachtet Institutionen als Instrumente, nicht als Ziele um ihrer selbst willen, als Diener, nicht als Herren, als Werkzeuge, die die Fähigkeit, Gutes zu tun, vergrößern. Doch weil das gemeine Gute aus dem Ausgleich untergeordneter guter Zwecke besteht, müssen die Institutionen, die die untergeordneten guten Zwecke verstärken, in Kontrolle gehalten werden. Die praktische Aufgabe besteht darin, eine gesellschaftliche Ordnung zu entwerfen, in der die sich verselbständigenden, totalitären und monopolistischen Tendenzen, die allen

Institutionen innewohnen, in Zaum gehalten werden durch aufmerksame Anwendung von Kontrollen und Ausgleichsmechanismen, deren Ziel in allgemeiner Gerechtigkeit und Mitgefühl besteht.

* Zusammenfassender Kommentar zum Symposium "Die I.G. Farben und der Staat" auf dem 18. Internationalen Kongreß für Geschichte der Naturwissenschaft am 5. August 1989 in Hamburg. Benutzte Quellen:

P.J.T. Morris, "Die I.G. Farben und das Dritte Reich: zum Beispiel Synthekautschuk," im vorliegenden Heft.

Raymond G. Stokes, "Die Nachfolger der I.G. Farben und der Staat," im vorliegenden Heft.

Raymond G. Stokes, *Divide and Prosper: The Heirs of I.G. Farben under Allied Authority, 1945-1951*.

Peter Hayes, *Industry and Ideology: I.G. Farben in the Nazi Era* (Cambridge 1987).

W.J. Reader, *Imperial Chemical Industries: A History*, Bd I (London 1970).

John J. Beer, *The Emergence of the German Dye Industry* (Urbana 1959).